

GZ.: BMI-LR1424/0065-III/1/a/2008

Wien, am 01. Dezember 2008

An das
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl-Renner-Ring 3
1010 W I E N

Michaela Frasl
BMI - III/1 (Abteilung III/1)
Herrengasse 7, 1014 Wien
Tel.: +43 (01) 531262360
Pers. E-Mail: Michaela.Frasl@bmi.gv.at
Org.-E-Mail: BMI-III-1@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Legistik und Recht; Fremdlegistik; BG-BMGFJ
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ärztegesetz 1998 geändert wird (12.
Ärztegesetz-Novelle),
Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres

In der Anlage wird zu dem im Betreff bezeichneten Entwurf die Stellungnahme des
Bundesministeriums für Inneres übermittelt.

Beilage

Für die Bundesministerin:

Mag. Sabine Halbauer

elektronisch gefertigt

GZ.: BMI-LR1424/0065-III/1/a/2008

Wien, am 01. Dezember 2008

An das
Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend

Radetzkystraße 2
1031 W I E N

Michaela Frasl
BMI - III/1 (Abteilung III/1)
Herrengasse 7, 1014 Wien
Tel.: +43 (0)1 531262360
Michaela.Frasl@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051

Zu ZI:BMGFJ-92101/0010-I/B/7/2008

Betreff: Legistik und Recht; Fremdlegistik; BG-BMGFJ
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ärztegesetz 1998 geändert wird (12.
Ärztegesetz-Novelle);
Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres

Aus der Sicht des Bundesministeriums für Inneres ergeben sich zu dem im Betreff
bezeichneten Entwurf folgende Bemerkungen:

Zu Z 1 (§ 3a):

Zumal in § 5b Z 3 explizit Bezug zur Richtlinie 2004/83/EG (StatusRL) hergestellt wird, sollte
diese auch unter § 3a „Umsetzung von Gemeinschaftsrecht“ angeführt werden.

Zu Z 2 (§ 4):

In § 4 Abs. 5 wäre in Bezug auf Art. 27 Abs. 3 der Richtlinie 2004/83/EG (StatusRL) ebenso
Bedacht auf subsidiär Schutzberechtigte zu nehmen.

Zudem sollte in § 4 Abs. 5 auch auf Personen, denen auf Grund früherer asylrechtlicher
Regelungen Asyl gewährt wurde, verwiesen werden.

Zu Z 5 (§ 5b):

In § 5b Z 1 wären ebenso frühere Aufenthaltsberechtigungen vor dem Inkrafttreten des NAG
(§ 81 NAG) anzuführen.

§ 5b Z 3 stellt Bezug zu Art. 27 Abs. 3 der Richtlinie 2004/83/EG (StatusRL) her. Die dort
angeführte „Gleichbehandlungsklausel“ umfasst aber nicht nur Asylberechtigte sondern auch
subsidiär Schutzberechtigte. Aus diesem Grund wäre die Bestimmung auch auf subsidiär
Schutzberechtigte zu erweitern.

Weiters sollte in § 5b Z 3 auch auf Personen, denen auf Grund früherer asylrechtlicher Regelungen Asyl gewährt wurde, verwiesen werden.

§ 5b Z 3 gibt zudem die Systematik des AsylG 2005 nicht korrekt wieder. Die Republik Österreich erkennt den Status des Asylberechtigten nicht deklaratorisch sondern konstitutiv zu. In Einem wird kraft Gesetzes, deklaratorisch, die Flüchtlingseigenschaft festgestellt (Abs. 5 leg cit; vgl EB RV 952 XXII GP zu § 3 Abs. 5 AsylG 2005).

Zu den Erläuterungen Seite 6 (zu Z 5, § 5b)

Um diese Bestimmung noch deutlicher auszuführen wird angeregt den vorletzten Absatz wie folgt zu ergänzen:

„Was den aufenthaltsrechtlichen Status von Familienangehörigen im Sinne der Richtlinie 2004/38/EG in Österreich betrifft, sieht § 52 NAG für diese ein Niederlassungsrecht vor, das in Form einer Anmeldebescheinigung **für Angehörige, die selbst EWR-Bürger sind** (§ 53 iVm § 9 Abs. 1 Z1 NAG) oder mittels einer Daueraufenthaltskarte **für drittstaatsangehörige Angehörige** (§ 54 iVm § 9 Abs. 1 Z 2 NAG) bescheinigt wird.“

Für die Bundesministerin:

Mag. Sabine Halbauer

elektronisch gefertigt